"Ungleiche Partner in der südöstlichen Ecke Europas" in Neue Zürcher Zeitung (20. April 2006)

Quelle: Neue Zürcher Zeitung. 20.04.2006. Zürich.
Urheberrecht: (c) Neue Zürcher Zeitung AG

Mit freundlicher Genehmigung der Neuen Zürcher Zeitung.
URL:
http://www.cvce.eu/obj/"ungleiche_partner_in_der_sudostlichen_ecke_europas"_in_neue_zurcher_zeitung_20_april_2006-de-3e2162dc-ecf3-488d-b66a-07ac5f81c89a.html
Publication date: 19/09/2012

Ungleiche Partner in der südöstlichen Ecke Europas

Rumänien und Bulgarien im Endspurt zum EU-Beitritt

Die Erweiterung der EU auf 27 Mitglieder ist eine beschlossene Sache. Der für den 1. Januar 2007 vorgesehene Beitritt Rumäniens und Bulgariens könnte sich allerdings um ein Jahr verzögern. Ein Aufschub hätte in den beiden sehr unterschiedlichen Ländern negative Folgen.

Wok.Zagreb, Mitte April
Der für die EU-Erweiterung zuständige Kommissar Olli Rehn hat dieser Tage bei einem Besuch in Sofia ernsthafte Bedenken über den Zustand des bulgarischen Rechtswesens geäußert. Im Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität konkrete Resultate zu erzielen, erfordere ein verantwortliches und unabhängiges Justizsystem, sagte Rehn. Er gab der Regierung Zeit bis Ende Monat, um das Problem zu lösen. Die gewährte Frist ist darum so knapp, weil die EU-Kommission am 16. Mai jenen in Sofia und Bukarest mit Spannung erwarteten Bericht vorlegen wird, auf dessen Grundlage die EU-Regierungschefs im Juni entscheiden werden, ob der Beitritt Bulgariens und Rumäniens wie vorgesehen am 1. Januar 2007 erfolgt oder um ein Jahr aufgeschoben wird.

Wenig Gemeinsamkeiten

Angesichts dieser Terminvorgabe liesse sich die von Rehn den Bulgaren eingeräumte Frist zur Verbesserung ihrer Justiz als Hinweis deuten, dass Sofia um ein Jahr vertröstet werden könnte. Wie lässt sich in wenigen Wochen eine grundlegende Reform bewältigen, die während Jahren aufgeschoben wurde? Zwar hat das bulgarische Parlament Ende März die nötigen Verfassungsänderungen bewilligt, um der Justiz endlich wirksame Mittel zur Korruptions- und Verbrechensbekämpfung zu geben. Erste Resultate aber dürften erst in Monaten zu erwarten sein. Noch vor Jahresfrist hatte Bulgarien im Rennen um die EU-Mitgliedschaft Längen vor seinem Nachbarland Rumänien gelegen. Seither aber hat eine Serie spektakulärer und bisher kaum aufgeklärter Morde im Milieu des organisierten Verbrechens dem Lande einen beträchtlichen Imageschaden zugefügt. Bulgariens eindrückliches und solides Wirtschaftswachstum der letzten Jahre wurde davon überschattet, und im übrigen Europa mehrten sich jene Stimmen, die, wenn auch in gewählteren Worten, das ausdrückten, was manche EU-Bürger insgeheim denken: Balkan-Kriminelle im eigenen Haus? Nein danke!

Rumänien hingegen hat die Zeichen der Zeit früher erkannt. Die seit dem Beginn des Vorjahres in Bukarest amtierende Koalition aus Nationalliberalen und Demokraten erhob die Korruptionsbekämpfung zur obersten Priorität. Erste prominente Opfer, unter ihnen der ehemalige Regierungschef Nastase, beweisen, dass die Reformen mehr als bloße Kosmetik sind. Warum liess Vergleichbares in Bulgarien bisher auf sich warten?

Obwohl die beiden Schwarzmeeranrainer wegen des gekoppelten Datums ihres EU-Beitritts oft in einem Atemzug genannt werden, verbindet sie nur wenig. Bukarest liegt zwar lediglich 60 Kilometer von der bulgarischen Grenze entfernt, doch nur eine einzige, im Jahre 1954 im Zeichen sowjetischer Völkerfreundschaft erbaute Brücke verbindet die beiden Länder über die Donau hinweg. Das nach dem Ende des Kommunismus lancierte Projekt einer zweiten Donau-Brücke bei Vidin kam bisher nicht voran. Auch dass die Bewohner dies- und jenseits des Flusses mehrheitlich christlich-orthodoxen Glaubens sind, hat sie kaum näher gebracht. Nicht unverarbeitete Geschichte vergangener Kriege trennt die knapp 8 Millionen Bulgaren von den 22 Millionen Rumänen, sondern gegenseitige Indifferenz. Wenn sich bulgarische und rumänische Beamte oder Politiker im Kontext der europäischen Integration begegnen, überwinden sie den Graben zwischen dem slawischen und dem romanischen Sprachraum mit Englisch.

Der Bruch mit dem sozialistischen Machtsystem verlief in den beiden Ländern sehr unterschiedlich: in Bulgarien radikal, in Rumänien nur zögerlich. Darin liegt denn auch der Hauptgrund für die unterschiedlichen Schwierigkeiten der beiden Länder im Kampf um Rechtsstaatlichkeit. In Bulgarien erfolgte im Urteil einheimischer Gewährsleute nach dem Ende der letzten kommunistischen Regierung von Todor Schiwkow eine gründliche Säuberung des gesamten Apparats. Der Prozess forderte zahlreiche Opfer in den Rängen von Polizei, Geheimdiensten und Verwaltung. Diese oft gut ausgebildeten und ehrgeizigen

ehemaligen Systemträger verschwanden aber nicht einfach von der Bildfläche, sondern organisierten sich in Netzwerken in jenen Branchen, die schnellen Gewinn versprachen. Illegalität kümmerte sie wenig, denn sie sahen sich als Opfer unrechtmäßiger Machenschaften der neuen politischen Klasse. Mit ihrem in kurzer Zeit gerafften Reichtum erkauften sich die neuen Geschäftsleute Schonung vor der Justiz. Seit die EU ihre Forderung nach Rechtsstaatlichkeit zum Primat erhob, beginnt die etablierte Ordnung zu wanken. Die Mordserie ist demnach Ausdruck eines Verteilkampfs in einem enger werdenden Markt.

Rumänien bewältigte den Übergang zur Marktwirtschaft in grundsätzlich anderer Art. Nach Ceausescus Sturz vermochte die zweite Garde des alten Systems entscheidende Fäden wirtschaftlicher und politischer Macht in der Hand zu halten. Bezeichnend ist daher, dass die von liberaler Seite erhobene Forderung nach einer Offenlegung der Archive des Geheimdienstes Securitate 16 Jahre nach dem Systemwechsel immer noch unerfüllt ist und auch weiterhin hintertrieben wird. Jene ausländischen Investoren, die den Nutzen der EU auf ihre Wirtschaftskraft beschränken, halten die Aufarbeitung von Rumäniens kommunistischer Vergangenheit für unnötig. Denn das Land ist seit fünf Jahren wirtschaftlich gut in Fahrt und verspricht sich zum wirtschaftlichen Motor Südosteuropas zu entwickeln. Übersehen bei solch optimistischer Prognose wird allerdings die rumänische Innenpolitik, die zu gefestigten Bahnen noch finden muss.

Unklare Parteienlandschaft in Bukarest

Anlass zu Besorgnis gibt das bisherige Verhalten von Präsident Basescu. Obwohl der ehemalige Hochsee-Kapitän in seinem Amt über wenig Exekutivbefugnisse verfügt, errang der mit allen Wassern gewaschene Populist bereits eine Machtfülle, die ungute Erinnerungen an jene Zeiten weckt, da das Land dem Wahnsinn eines Einzigen ausgesetzt war. Dass Basescu in der Bevölkerung über eine beispiellose Popularität verfügt, rechtfertigt noch lange nicht die Legitimität seiner hemdsärmligen Methoden. Noch aber scheint eine Mehrheit im Lande das Ziel politischer Stabilität eher einem starken Manne zuzutrauen als den Parteien. Diese Haltung ist nachvollziehbar. Rumäniens wichtigste Parteien stehen erst am Anfang ihrer politischen Selbstfindung. Sie nach ideologischen Gesichtspunkten auseinander zu halten, fällt schwer. Innenpolitische Turbulenzen, die möglicherweise auch die wirtschaftliche Entwicklung hemmen werden, sind daher absehbar.

Anders liegt der Fall in Bulgarien. Dort hat sich dank dem kometenhaften politischen Aufstieg des ehemaligen Königs Sakskoburggotski vor fünf Jahren eine neue Kraft der politischen Mitte etablieren können. Beendet wurde damit der während eines Jahrzehnts tobende selbstzerstörerische Kampf zwischen Rechten und Linken. Zwar reibt sich die derzeit regierende, aus Sozialisten, Sakskoburggotskis Bewegung und der Partei der ethnischen Türken bestehende Koalition an internen Differenzen, doch die Zwistigkeiten entsprechen europäischem Durchschnitt. Im Unterschied zu Rumänien hat Bulgarien gute Aussichten, mit einem klar strukturierten Parteiensystem der EU beizutreten. Negative Überraschungen sind aber dennoch möglich.

Bulgariens Bevölkerung bezahlte einen sehr hohen Preis für die ihr abverlangte wirtschaftliche Transition. Die bulgarische Wirtschaft war bis zum Systemwechsel weit enger als jene Rumäniens an die Sowjetunion geknüpft. Der Zusammenbruch zu Beginn der neunziger Jahre bewirkte denn auch eine enorme Verarmung im ganzen Lande. Zwar konnte die Arbeitslosenrate im Vorjahr erstmals auf rund 10 Prozent gesenkt werden. Doch die Löhne verharren seit Jahren auf rekordtiefem Niveau, und weit herum herrscht Bitternis wegen der ausgebliebenen Früchte des freien Markts. Politischen Profit daraus zu ziehen vermochten bei den Wahlen im Vorjahr rechtsextreme Kreise, die mit Erfolg den herrschenden Missmut zur Hetze gegen Roma und Türken umzupolen wussten.

Absehbarer Gegentrend

Welcher Schluss lässt sich aus den gegensätzlichen Entwicklungen in Sofia und Bukarest ziehen? Wäre es sinnvoll, wie bereits verschiedentlich europäische Politiker durchblicken Hessen, die vorgesehene Schutzklausel zu aktivieren, um Rumäniens und Bulgariens EU-Beitritt um ein Jahr zu verzögern? Da ein solcher Entscheid im Europäischen Rat Einstimmigkeit erforderte, ist kaum damit zu rechnen. Voraussichtlich aber wird den beiden Ländern ein sogenanntes Monitoring verordnet, um einer Reihe bisher

unerfüllter Forderungen nachzukommen. Dazu zählen außer der Korruptionsbekämpfung weit weniger spektakuläre Maßnahmen wie etwa eine effiziente Vergabe von Direktzahlungen in der Landwirtschaft. Rumänien erhielt für das laufende Jahr EU-Hilfe im Umfang von 1,1 Milliarden Euro zugesprochen. Die Verteilung dieser Gelder nicht nur zu überwachen, sondern den zu deren Vergabe erforderlichen Professionalismus im Beamtenapparat aufzubauen, liegt im Eigeninteresse der Geber. Dieser Prozess wird auch nach dem EU-Beitritt fortdauern.

Und dennoch können sich manche Europäer wohl nur schwer damit abfinden, womöglich bereits in acht Monaten mit dem Ostteil des Balkans rechtlich gleichgestellt zu werden. Ihre Ängste könnten bald schon verblassen. Allen negativen Schlagzeilen zum Trotz weisen Rumäniens und Bulgariens Hauptstädte im Vergleich mit andern europäischen Metropolen weit geringere Kriminalitätsraten auf. Wenig begründet ist auch die Furcht vor einem Hereinbrechen balkanischer Horden auf den Arbeitsmarkt im reichen Europa, wie an zuständiger Stelle in Bukarest betont wird. Die Osterweiterung der EU habe bisher keine Völkerwanderung in Gang gesetzt. Im Falle Rumäniens kann die volle Personenfreizügigkeit bis zu sieben Jahre aufgeschoben werden. Bis dann aber könnte sich eine Entwicklung verstärken, die als Trend bereits absehbar ist: eine Abwanderung europäischer Pioniere auf den Balkan, weil die guten Zeiten hier noch bevorstehen.